Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Ratskollegen,
meine Damen und Herren!

Unser Bürgermeister hat am 23. Mai den Haushalt für das Jahr 2012 eingebracht und heute, am 4. Juli werden wir diesen Haushalt beraten und darüber entscheiden.

Ich glaube, noch nie in der Geschichte der Stadt Geilenkirchen wurde so spät im Jahresverlauf über einen Haushalt beraten.

Deshalb ist wohl jedem klar, dass vermutlich mehr als die Hälfte des Geldes, über das wir heute entscheiden, bereits fest verplant bzw. ausgegeben wurde.

Das ist aber auch nicht weiter tragisch, denn der 57 Mio. € umfassende städtische Haushalt deckt ohnehin zum überwiegenden Teil Pflichtaufgaben ab, und die werden uns, so hat der Bürgermeister richtigerweise festgestellt, von Bund und Land vorgegeben, d. h. wir haben darauf keinen Einfluss.

Der dann von uns zu beeinflussende Anteil am Haushalt - im Wesentlichen freiwillige Leistungen und Investitionen - wurde durch die Haushaltssicherung noch einmal erheblich eingeschränkt.

Von kommunaler Selbstverwaltung, wie Sie in § 28 Abs. 2 des Grundgesetzes verankert ist, kann unserer Meinung nach nur noch sehr eingeschränkt gesprochen werden.

Noch nie war ein Rat in dieser Stadt so eingeschränkt in seinen Entscheidungsmöglichkeiten, wie wir es in diesem Jahr sind.

Begründet ist dies allein darin, dass den für unsere Stadt vorgegebenen Ausgaben in Höhe von 57 Mio. € Einnahmen bzw. Zuweisungen in Höhe von 51 Mio. € gegenüberstehen, d. h., das „normale Geschäft" unserer Stadt schließt mit einem Minus von 6,4 Mio. € ab.

Diese Mehrausgaben müssen wir durch Kredite abdecken. Allein in 2012 müssen wir für kurzfristige Kassenkredite lt. Haushaltsplan Zinsen in Höhe von ca. 100 Tsd. € aufbringen.
Solche Kassenkredite haben wir vor 2010 nie nötig gehabt.

Wie viele sinnvolle Dinge könnten wir mit diesem Geld in unserer Stadt finanzieren!

Auch wenn wir dieses Schicksal - und darauf wies auch unser Bürgermeister bei seiner Haushaltseinbringung hin - mit 396 anderen Kommunen in NRW teilen, denn nur noch 11 Kommunen sind in der Lage, Ihren Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen, ist das nur ein sehr schwacher Trost.

Die finanzielle Misere der Kommunen ist in den meisten Fällen, so auch in Geilenkirchen, nicht durch Missmanagement, sondern durch immer stärker steigende Sozialleistungen, die die Kommunen und damit auch uns erdrosseln, begründet.

Auf das Verletzen des Konnexitätsprinzips in diesem Bereich wies auch der Bürgermeister in seiner Haushaltseinbringung hin.

Konnexität bedeutet, wenn das Land uns zu bestimmten Aufgaben verpflichtet, dann muss das Land auch für den entsprechenden finanziellen Ausgleich sorgen.
Das geschieht aber in der Regel nur zum Teil.

Weder Rot/Grün in Düsseldorf, noch Schwarz/Gelb in Berlin scheinen ein aufrichtiges Interesse daran zu haben, das zu ändern!
Infolgedessen hat sich in allen deutschen Kommunen ein Schuldenberg von aktuell 133 Mrd. €, angehäuft. Dieser ist innerhalb von einem Jahr wieder um 4,7 % gestiegen, während sich die Schulden von Bund und Land um „nur" 1,2 % erhöhten (Entlastung auf Kosten der Kommunen).

Gabriel Welt am Sonntag

Dieser Umstand ist natürlich unseren Parteioberen in Bund und Land bestens bekannt.
Erst in der letzten Welt am Sonntag sagte SPD Parteichef Gabriel auf die Frage: „Was bedeutet Heimat für einen Sozialdemokraten?" Folgendes:

„Heimat – das sind vor allem erst einmal die Städte und Gemeinden, in denen wir aufwachsen und leben.
Städte und Gemeinden sind Orte gesellschaftlicher Integration, Orte des Zusammentreffens von Menschen.
Und diese Orte haben wir vernachlässigt.
Viele sind gerade so in der Lage, ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen.

All das, was sie lebenswert macht – Stadtentwicklung, Kultur, Kinder- und Jugendförderung, Sportvereine, eine Musikschule, ein Freibad - , können sie sich nicht mehr leisten.
Jährlich fehlen strukturell acht bis neun Milliarden Euro in den Kassen der Kommunen, weil Bund und Länder ihnen zwar immer neue gesetzliche Aufgaben gegeben haben, aber kein Geld dafür." . . .

Mit 2 Beispielen möchte ich Ihnen aufzeigen, wie es in der Realität aussieht.

In Düsseldorf denkt man nicht daran, den Kommunen durch gerechte finanzielle Zuwendungen zu helfen. Stattdessen bastelt man am § 76 Go herum, um so kosmetisch die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden zu verbessern, aber eben nur auf dem Papier. In der Sache hilft uns das überhaupt nicht weiter.

Oder, der Fond Deutsche Einheit – die Stadt Geilenkirchen muss in 2012 wieder 873 Tsd. € dafür aufbringen – warum wird dieses Gesetz in Berlin nicht endlich gekippt?
Das wäre für viele Kommunen eine hilfreiche Entlastung.

Diesen Istzustand zu beklagen ist das eine, bringt unsere Stadt jedoch nicht weiter.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, Geilenkirchen für die Zukunft so aufzustellen, dass unser Handlungsspielraum wieder größer, auf keinen Fall jedoch noch eingeschränkter wird.

Dafür müssen die eingeleiteten Sparmaßnahmen auch in naher Zukunft konsequent fortgeführt werden.

Herr Fiedler, wenn ich meine Haushaltsrede aus dem letzten Jahr mit Ihrer diesjährigen Haushaltseinbringung und den Anmerkungen zum Haushalt vergleiche, stelle ich fest, dass wir jetzt, wenn auch etwas verspätet, fast in die gleiche Richtung marschieren, und das stimmt uns hoffnungsvoll.

Wir haben schon im letzten Jahr gesagt, dass Sie die städtischen Finanzen zur Chefsache machen sollen - das haben Sie ab 2011 gemacht und das ist gut so!

Die CDU-Fraktion hat im letzten Jahr auch bereits darauf hingewiesen, dass eine hausinterne Arbeitsgruppe, deren Aufgabe die Suche von möglichem Einsparpotenzial ist, fehlt bzw., dass man sich ggf. externen Rat zu diesem Thema einholt. Das wurde umgesetzt, auch das ist gut so.

Außerdem haben wir schon im letzten Jahr auf die Personalkosten als größtes Einsparpotenzial hingewiesen und lesen jetzt im Haushaltssicherungskonzept auf Seite 30 Folgendes:

„Da die Personalaufwendungen in einer Kommunalverwaltung einen der größten Anteile am Gesamtetat bilden, stellen sie die auch größte Plattform zur Haushaltskonsolidierung dar.

Ohne Einsparungen in diesem Bereich wird eine Haushalts-konsolidierung wenig Aussicht auf Erfolg haben"

Allerdings, und das erwähnt auch die IHK in ihrem Bericht zu unserem Haushalt 2012, sind die Personalkosten von 2010 bis 2012 um 10,4 % gestiegen – das ist eindeutig zu viel.

Hier besteht also noch großer Handlungsbedarf. Wobei uns klar ist, dass Personalkosten - denn Kündigungen wollen wir sicherlich alle nicht - nur mittelfristig abgebaut werden können.

Um hier jedoch ein klares Signal zu setzen, beantragen wir alle im Stellenplan nicht besetzten Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen, so dass diese nur mit Zustimmung des Rates wieder aktiviert werden können.

Wir beantragen hierüber eine gesonderte Abstimmung in Ergänzung zur Abstimmung über den Haushalt 2012.

Ansonsten, Herr Fiedler, gibt es inzwischen viel Übereinstimmung in Ihrem haushälterischen Handeln und den Vorstellungen der CDU-Fraktion.

Und - auch das möchte ich lobend erwähnen - es gab in diesem Jahr eine frühzeitige Abstimmung bei der Erstellung des Haushaltes 2012.

Aus diesen Gründen wird die CDU-Fraktion dem Haushalt für das Jahr 2012, unter Berücksichtigung des von uns gestellten Antrages, zustimmen.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir abschließend noch einige Anmerkungen zum investiven Bereich.

Analysiert man das Investitionsprogramm 2012, stellt man schnell fest, dass in diesem Jahr und wohl auch in den Folgejahren nur ein sehr eingeschränkter Spielraum für Investitionen vorhanden sein wird.

Vor diesem Hintergrund können wir froh sein, dass sich unsere Infrastruktureinrichtungen, und hier vor allem die Kindergärten und Schulen, in einem baulich recht guten Zustand befinden.

Dank der Übertragung der Haushaltsausgabereste aus den Vorjahren in Höhe von 8,9 Mio. € können wir in 2012 noch eine ganze Reihe von Projekten realisieren, wie z. B. die Marktplatzsanierung, den III. Bauabschnitt oder die erforderliche Sanierung der Fensterfassade, die Erfüllung des Brandschutzes und die Überarbeitung der Chlorgasanlage im Hallenbad Bauchem.

Sieht man aber von diesen Haushaltsausgaberesten und von den rentierlichen Investitionen einmal ab, bleibt der Stadt in den nächsten Jahren nur noch ein Investitionsvolumen von ca. 1 Mio. € zuzüglich eventueller Zuschüsse.

Das ist sicherlich für eine Stadt mit 28 Tsd. Einwohnern auf einer Fläche von 83 Tsd. = 9 km² viel zu wenig.

Trotzdem gehen wir davon aus, dass im Stadtkern das Handlungskonzept in den folgenden Jahren weiter fortgeführt wird, zumal wir hier eine hohe Bezuschussung aus dem Landesprogramm erwarten können.

Unsere Stadt ist durch die erfolgten Baumaßnahmen viel attraktiver geworden - das bestätigen uns viele auswärtige Besucher.
Der Funke muss nur noch stärker auf den Einzelhandel überspringen.

Was den Wohnungsbau in unserer Stadt angeht, sind wir der Meinung, dass wir uns wieder etwas aktiver zeigen sollten.

Zu der Zeit, in der vor allem die Grünen glaubten, das Sagen zu haben, wurde jede weitere bauliche Entwicklung auf Eis gelegt.
Profitiert davon haben, unserer Meinung nach, unsere Nachbarkommunen.

Wir sind wie Sie, Herr Bürgermeister, der Meinung, dass wir möglichst bald zu einer kommunalen Grundstücksentwicklungs-gesellschaft kommen sollten, um im Stadtkern und in den Außenorten **maßvoll** ansprechende und **marktorientierte** Bauflächen zu schaffen.

Wir beantragen hiermit, sofort nach der Sommerpause das Thema Gründung einer Entwicklungsgesellschaft im SteWi zu beraten.

Wobei wir jetzt schon klären sollten, welchen Anspruch wir an diese Gesellschaft stellen, und ob dieser Anspruch von einem eventuellen Partner mit getragen wird.

Hier - Herr Benden - und diesen Vorwurf muss ich Ihnen als SteWi-Vorsitzender machen - haben wir viel zu viel Zeit verloren.

Mit der gewerblichen Entwicklung in unserer Stadt kann man weitestgehend zufrieden sein.

Wir haben in dieser Legislaturperiode im Anschluss an das Gewerbegebiet Niederheid-West eine 10 ha große gewerbliche Fläche auf den Weg gebracht.

Hervorheben und begrüßen möchte ich, dass es der Verwaltung hier gelungen ist, die benötigten Flächen in unser Eigentum zu überführen.

Investitionen im Energieeinsparbereich werden von uns unterstützt, wenn damit kurzfristig durch Einsparungen auch die Finanzierung sichergestellt werden kann. Sollte uns dies mit eigenen Mitteln nicht gelingen, ist Contracting sicherlich eine vernünftige Alternative.

Experimente und finanzielle Risiken für die Stadt werden wir allerdings nicht mit tragen.

Wichtig, bei allen Entscheidungen in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, ist die Transparenz für unsere Bürger.

Sie müssen wissen, wie es finanziell um die Stadt steht und welchen finanziellen Spielraum wir überhaupt haben.

Ich bin mir sicher, dass sich dann auch in Zukunft trotz knapper Kassen, dafür aber mit viel Engagement der Bürger so beispielhafte Projekte, wie

- die Bürgerhalle in Würm,
- die alte Schule in Tripsrath und
- das Sportheim in Teveren,

realisieren lassen.

Wie zuvor bereits gesagt, erscheint uns der mit dem Haushalt 2012 eingeschlagene Weg als richtig.

Allerdings gilt es, diesen teilweise steinigen Weg konsequent weiter zu gehen.

Die CDU-Fraktion ist bereit, dabei konstruktiv mitzuarbeiten.

Haushaltsrede SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

heute ist alles etwas anders. In dieser Haushaltsdiskussion reden zumindest wir nicht über Einzelpositionen in der Haushaltssatzung, sondern wir ringen um den Weg, wie wir bei unserer Haushaltslage möglichst in den nächsten 10 Jahren zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen können..

Wir konnten uns in vielen Gesprächen mit dem Bürgermeister und dem Kämmerer überzeugen, dass die Arbeit am Haushaltssicherungskonzept für sie eine Herzensangelegenheit war und hoffentlich weiter bleiben wird. Dafür gebührt Ihnen bereits an dieser Stelle unser Dank, insbesondere auch deshalb, weil es den Kämmerer in seinem ersten Jahr im Amt traf, diese Herkulesaufgabe zu bewältigen. Sie hatten schon mit viel Energie einen Entwurf erarbeitet, der uns aufzeigte, dass es möglich ist, in diesen bewussten 10 Jahren das „Klassenziel" zu erreichen. Da kam der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, der Ihre Arbeit wieder zunichtemachte. Doch so schnell gaben Sie nicht auf. Die neu erarbeitete und uns vorliegende Finanzplanung aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes gibt uns die Hoffnung zurück, im nächsten Jahr zu einem genehmigten Haushalt gelangen zu können.

Lassen Sie mich, bevor wir in die Einzelheiten einsteigen, den Blick auf die Gesamtsituation der öffentlichen Haushalte in NRW werfen. Sie haben, Herr Bürgermeister, die zurückliegende Neuwahl des Landtages genutzt, sich in einem persönlichen Blog kritisch mit den Kommunalfinanzen NRW auseinanderzusetzen. Sie haben dabei sicherlich zu Recht die finanzielle Situation der Kommunen „auch nach der Wahl miserabel" bezeichnet. Da frage ich mich allerdings, ob Sie geglaubt haben, dass die Landtagswahl mit einem Schlage unsere Situation verändern würde. Die Ursachen der schlechten Finanzen liegen nicht, wie Sie selbst wissen, in der Politik der Rot-Grünen Landesregierung. Sie liegen, um nur einige Punkte zu nennen, in der Umstellung der Haushaltsführung auf Doppik-schon vor Jahren hier an dieser Stelle von Ihrem Vorgänger beklagt-, beim Fehlen einer eigenständigen Kommunalsteuer, bei der Nichtbeachtung des Grundsatzes der Konnexität (Beispiel Kita-Ausbau oder Grundsicherung) und, und, und. Dabei hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren schon reagiert, ihre Hilfe hat aber auch haushalterische Grenzen! Nicht alle Wünsche können realisiert werden. Ich darf nur kurz ins Gedächtnis zurückrufen, was einige wohl schon verdrängt haben: auf allein 815 Mill € beläuft sich das strukturelle Einnahmeplus der Kommunen in diesem Jahr aufgrund der Politik der Landesregierung NRW. Mit dem „Aktionsplan Kommunalfinanzen" und den „Stärkungs-

pakt Stadtfinanzen“ sowie den Änderungen zum Nothaushaltsrecht sind wichtige Beiträge zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen geleistet worden. Und es geht weiter: so wird der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ bis 2014 vereinbarungsgemäß auf rd. 660 Mill € jährlich aufgestockt. Dass dabei für uns nicht viel abfällt, haben wir unserer doch nicht ganz so schlechten Haushaltssituation zu verdanken und sollten darüber vielleicht auch froh sein.

Kommen wir zu unseren Anmerkungen und Bedenken zum Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes:
Im Haushaltssicherungskonzept heißt es, dass Sie dem Anstieg der Personalkosten mit „gegensteuernden Maßnahmen“ begegnen wollen. Auf meine Frage haben Sie mir erklärt, dass Sie darunter u.a. eine „Verschlankung“ der Verwaltung verstehen wollen. Auf keinem Fall Personalabbau oder Beförderungssperren. Wir hoffen, dass Sie zum Ende dieses Jahres anhand von Beispielen uns diese „Verschlankung“ deutlicher machen können.
Sicherlich sollte bei einer derartigen Verschlankung auch über die Struktur der Verwaltung nachgedacht werden. Es ist für uns eine hinnehmbare Entscheidung, bei der Nachbesetzung des „Technischen“ Dezernenten eine Herabdotierung des Dienstpostens in Betracht zu ziehen. Wir sagen aber auch hier und heute, dass wir uns mit Nachdruck dagegen wenden werden, in absehbarer Zeit dafür andere Dienstposten heraufzusetzen. Wir sehen den Kreis, der in Zukunft ohne einen allgemeinen Vertreter des Landrates auskommen will, als gutes Vorbild.
In diesem Zusammenhang erwarten wir auch, dass wir alle hier im Rat zur Erkenntnis kommen, dass Vorruhestandsregelungen der Stadt nur Geld kosten und keinerlei Vorteile bringen. Es sollte damit Schluss sein.
Umgekehrt finden wir die Ausführungen im Haushaltssicherungskonzept zum Thema Ausbildungsstellen bedenklich. Nach unserer Auffassung sollte Ausbildung weiterhin stattfinden, auch wenn dem Auszubildenden keine Übernahmegarantie gegeben werden kann; denn ein ausgebildeter Jugendlicher hat auf dem Arbeitsmarkt sicherlich bessere Chancen als ein Unausgebildeter. Kommunen, die überschuldet sind, bilden weiter aus. Warum nicht wir?

Breiten Raum im vorgelegten Konzept nehmen die Ausführungen zu den Sozialtransferaufwendungen ein. Sicherlich ist es für Sie keine Überraschung, dass gerade dieses Kapitel die besondere Aufmerksamkeit unserer Fraktion erfährt. Wir alle wissen, dass die Sozialausgaben vornehmlich sogenannte „Fallzahlen“ sind. Das heißt, dass eine exakte Voraussage der notwendigen Mittel kaum möglich ist. Formulierungen wie „In weiteren Gesprächen mit den Trägern wurden gemeinsam Leistungs- und Angebotsstandards modifiziert, was letztlich die Gesamtzahl der bewilligten Fachleistungsstunden und damit die durchschnittlichen **Kosten** pro Leistungsfall **erheblich senkte**“ wie auch „Eine für die Bewilligung und Fortführung von Hilfen zur Erziehung maßgebende Entscheidung

des Allgemeinen Sozialen Dienstes muss auch von der **wirtschaftlichen Jugendhilfe und der Amtsleitung** mitgetragen werden" machen uns hellhörig!
Und wenn man sich im sozialen Bereich noch selber feiert, dass man die Verbesserung des Kinderbildungsgesetzes, gedacht zum Wohle der Kinder, wegen noch nicht vorhersehbarer Kosten für die Stadt nicht umgesetzt hat, ist das zweifelsohne nach unserer Auffassung eine merkwürdige Einstellung.
Die SPD-Fraktion betont an dieser Stelle noch einmal, dass unser eigenes Jugend- und Sozialamt von uns immer positiv begleitet werden wird und sich unserer Unterstützung sicher sein kann. Dafür steht im besonderen Maße unser Fraktionsmitglied Gabi Kals-Deußen als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses.
Eine kurze Info an die FDP: wir hoffen, dass Ihnen zwischenzeitlich auch bekannt ist, dass eine „Rückabwicklung" des Jugendamts- sprich Rückgabe an den Kreis- von den Bestimmungen her in NRW nicht zulässig ist. Das zu Ihrem Vorschlag in der Haushaltsdiskussion des letzten Jahres.

Ein schwieriges, aber für unser Gemeinwesen ein bedeutsames Kapitel ist der Abschnitt „Zusammenarbeit mit Dritten". Hier haben wenige Worte bereits erhebliche Unruhe ausgelöst: „Die Verwaltung wird Leistungen für Dritte in Zukunft einschränken" und „Eine weitere deutliche Kostenersparnis ist hier zu erwarten". Was heißt das? Wir alle wissen, dass die Vereine und Organisationen das vielfältige Kultur- und Brauchtumswesen in dieser Stadt nicht alleine und aus eigener Kraft stemmen können. Wie weit sollen diese Einschränkungen gehen? In den vergangenen Jahren hat schon die Aufgabe des Schützen- und Prinzenempfangs durch die Stadt für Unverständnis gesorgt. Sicher, es waren Änderungen in der Organisation möglich, vielleicht auch nötig. Der neue Zweijahres-Rhythmus für die Landpartie ist auch nicht gut angekommen und jetzt soll es noch weiter gehen?! Mit Unverständnis haben wir bereits die Diskussion verfolgt, was der Aktionskreis noch von der Stadt zu erwarten hat. Was wird mit den Veranstaltungen des Aktionskreises, der Karneval- und Schützenvereine, besonders nach den hohen Sicherheitsstandards nach dem Love-Parade-Unglück? Wir meinen, dass alle diese Veranstaltungen auch dazu beitrugen, dass Besucher den Weg in unsere Stadt gefunden haben. Wir sehen die Entwicklung mit Sorge. Da haben wir viel Liebe und auch Geld in unsere Innenstadt investiert, um wieder im Wettbewerb mit den umliegenden Kommunen konkurrenzfähig zu sein. Soll das alles vorbei sein? Wir haben den optimistischen Bericht in der GZ vom 27.6.2012 zur Kenntnis genommen, dass zwischen Aktionskreis und Stadt nunmehr „kreativ" Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. Wir hoffen, dass das lange anhält.

Interessant ist sicher auch der Ausblick im Haushaltssicherungskonzept. Dort heißt es auf der letzten Seite:
-Kostenbeteiligung der Vereine bei Nutzung öffentlicher Immobilien und Dienstleistungen.

-Erweiterung der Kosten- und Leistungsrechnung
-Errichtung eines Finanzcontrollings
Was heißt das für uns Bürger? Was verbirgt sich dahinter? Wann wird es konkreter?

Zum Abschluss eine große Bitte, zugleich aber auch deutliche Kritik:
Bei allen Maßnahmen, die wir planen und beschließen, muss als allerhöchster Grundsatz gelten: wir haben unsere Bürger mitzunehmen, das heißt: ausführlich zu informieren. Dieses gilt besonders und vor allem für die Betroffenen. Nur ein paar kleine Beispiele:
-Schulen: bei den vermögensunwirksamen Anschaffungen ist eine Reduzierung geplant, Weihnachtsbäume gibt es nicht mehr
-Straßenbeleuchtung: es ist eine zeitweilige Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Nacht geplant. Wir müssen dem Bürger sagen, wo und warum, und das offen und persönlich und nicht allein als Mitteilung in der Presse oder im Internet der Stadt. Sogar wir Fraktionen haben keine entsprechenden Infos und können Fragen unserer Bürger nicht beantworten, warum keine Diskussion im Fachausschuss?
-Grünpflege: wir haben eine große Anzahl an Verkehrskreisel hinzugewonnen. Sie sind ein Aushängeschild für die Stadt. Die Kosten für die Pflege müssen aber im Auge behalten werden. Wir werden diese Standards nicht halten können. Das gilt auch für die gesamte Grünpflege in der Stadt.
-Markt: Im Vorfeld dieser Baumaßnahme haben wir zu wenig Informationen an die Bürger gegeben. Und wenn es auch ein Geschäft der laufenden Verwaltung war: Information schadet nicht. Es ist doch verwunderlich, dass es erst eines Geschäftsordnungsantrages unserer Fraktion bedurfte, um die Aufnahme dieses Tageordnungspunktes im öffentlichen Teil des Umwelt-und Bauausschusses zu erreichen!
Wie weit wir uns bereits abgeschottet haben, wird daran deutlich, dass kein Bürger den Weg ins Rathaus gefunden hat, als der Haushalt von Ihnen eingebracht wurde!

Zusammenfassung: das Haushaltssicherungskonzept ist nach unserer Auffassung insgesamt realistisch und ausgewogen. Sie erhalten deshalb von unserer Fraktion Unterstützung. Diese Unterstützung bedeutet aber nicht, dass wir in allen Punkten mit Ihnen einig sind. Es bestehen Vorbehalte, die wir angesprochen haben, die wir allerdings in diesem Jahr nicht als entscheidungshindernd bewerten. Wir weisen aber bereits jetzt daraufhin, dass wir im nächsten Jahr, wenn unsere Stadt, so wie wir alle hoffen, wieder etwas mehr finanzielle Beweglichkeit erreicht, unsere Stimme deutlicher erheben werden.
Und ich wiederhole noch einmal an dieser Stelle: wir sind Ihnen für die Arbeit, die die Verwaltung bei der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes geleistet hat, dankbar und unterstützen den aufgezeigten Weg. Wir plädieren zusätzlich mit großem Nachdruck an Sie, mit Informationen zukünftig großzügiger

umzugehen und an der einen oder anderen Stelle, wie von uns aufgezeigt, in der Zukunft nachzubessern, dazu die Ratsgremien mehr einzubinden, nicht nur über Interfraktionelle Gespräche.
Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

Fraktion im Rat der Stadt Geilenkirchen

Haushaltsrede der Fraktion der BÜRGERLISTE in der Sitzung des Stadtrates am 04.07.2012

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

sehr verehrte Damen und Herren,

der Volksmund sagt: „Wem das Wasser bis zum Hals steht, der sollte den Kopf nicht hängen lassen". Den **Kommunen in NRW steht schon seit längerem das Wasser bis zum Hals** – und manche von ihnen tauchen auch schon einige Meter unter der Wasseroberfläche. Durch die seit Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung werden nach Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes NRW im Haushaltsjahr 2012 nur 35 der 359 kreisangehörigen Kommunen in NRW einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen können. 141 Kommunen müssen ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, und in elf Kommunen ist die finanzielle Lage so dramatisch, dass diese mittlerweile nicht nur ihre Ausgleichsrücklage, sondern auch ihr komplettes Eigenkapital aufgebraucht haben und damit nach Definition des § 75 Absatz 7 der Gemeindeordnung NRW überschuldet sind. [1]
Zu letzteren „tauchenden" Kommunen gehört Geilenkirchen noch nicht, aber das Wasser schwappt auch uns schon um den Hals und wir müssen ordentlich Strampeln und verzichtbaren Ballast abwerfen, um nicht ebenfalls unter Wasser gezogen zu werden. Aufgrund ihrer finanziellen Situation gehört Geilenkirchen zu den 141 Kommunen in NRW, die nach § 76 der Gemeindeordnung verpflichtet sind, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Im vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung übersteigen die Aufwendungen die Erträge um rund 6,4 Mio. Euro (zum Vergleich: für 2011 wurde im Haushaltsplan ein Fehlbetrag von rund 8 Mio. Euro prognostiziert). Nun weiß zwar jede **schwäbische Hausfrau,** dass man zur soliden Haushaltsführung einfach nur nicht mehr ausgeben darf als man einnimmt. Leider ist das bei Kommunen nicht so einfach: Sie führen insbesondere Pflichtaufgaben nach Weisung durch die Landesregierung aus, deren Kosten unter **Verletzung des Konnexitätsprinzips** die Haushalte belasten und die kommunale Selbstverwaltung dadurch in Frage stellen. Auch die neue Landesregierung aus SPD und Grünen hat in ihrem jüngst beschlossenen Koalitionsvertrag hier **keinen Paradigmenwechsel** erkennen lassen. Zwar ist der „Stärkungspakt Stadtfinanzen" noch vor der Auflösung und der Neuwahl des Landtages aufgelegt worden, um zumindest die Not bei den am stärksten betroffenen Kommunen ein wenig zu lindern. Darüber hinaus lassen sich aber in dem neuen Koalitionspapier keine weiteren durchgreifenden Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen erkennen. „Die Koalitionäre werden ihrem eigenen Anspruch, die Kommunen nachhaltig zu

[1] Pressemitteilung des StGB NRW 9/2012 vom 10.05.2012, siehe: http://www.kommunen-in-nrw.de/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/kommunalfinanzen-unveraendert-kritisch.html

stabilisieren, nicht gerecht", erklärte daher auch der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW.[2]
Im Gegenteil: in dem Vertrag würden viele weitere Aufgaben wie etwa ein weiteres kostenfreies Kindergartenjahr skizziert, deren Finanzierung ungewiss sei. Von Seiten der Landesregierung sind somit also keine weiteren Hilfen zu erwarten. Die Stadt Geilenkirchen wird vermutlich bei der Konsolidierung ihres Haushaltes auf sich alleine gestellt sein.

Entsprechend ihrer Verpflichtung nach § 76 der Gemeindeordnung hat die Stadt Geilenkirchen ein **Haushaltssicherungskonzept** für die Jahre 2012 bis 2022 erarbeitet. Basierend auf den Ergebnissen eines Workshops wurden zunächst 110 Maßnahmen benannt, die zu Haushaltsverbesserungen führen können. Diese wurden weiter durchleuchtet und auf ihre Realisierbarkeit geprüft und flossen dann in das Haushaltssicherungskonzept ein. In vielen Bereichen quer durch die Verwaltung konnten dadurch Einsparungen realisiert werden. Die BÜRGERLISTE hält dieses Haushaltssicherungskonzept für sehr gelungen und ausgeglichen. Obwohl Einsparungen immer weh tun liegt uns heute ein Konzept mit Augenmaß vor, welches Einsparpotentiale gerecht auf nahezu alle Bereiche verteilt nutzt. Die großen „Horrormaßnahmen" wie z.B. die Schließung kommunaler Einrichtungen hingegen konnten vermieden werden. Es ist zu erkennen, dass die Verwaltung sich hier ausgiebige Gedanken gemacht hat und alle Potentiale bis an ihre jeweiligen Schmerzgrenzen ausgenutzt hat. Ihnen, Herr Bürgermeister Fiedler, und der Verwaltung, möchte ich an dieser Stelle hierfür unser ausdrückliches Lob aussprechen.

Lassen Sie mich aber auf eine Maßnahme gesondert eingehen, da sie kurzfristig vermutlich die größte wahrnehmbare Veränderung darstellt: Vorerst in einer 6-monatigen Versuchsphase wird seit dem 1. Juli montags bis freitags zwischen 0 und 5 Uhr und am Wochenende zwischen 1 und 5 Uhr die **Straßenbeleuchtung** weitgehend abgeschaltet. Betroffen davon sind alle Ortschaften und weite Teile der Kernstadt. Ausgenommen werden nur jene Bereiche, in denen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen die Beleuchtung nicht abgeschaltet werden darf.
Die Vorteile liegen auf der Hand: neben dem aktiven Klimaschutz (jede Kilowattstunde, die nicht erzeugt werden muss, dient dem Klimaschutz) und der Vermeidung von sogenannter „Lichtverschmutzung" können dadurch jährliche finanzielle Einsparungen in Höhe von mindestens 70.000,- Euro erzielt werden.
Dem gegenüber stehen insbesondere Fragen nach der Sicherheit und Kriminalität. Natürlich nehmen wir diese Sorgen ernst. Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass die Abschaltung der Straßenbeleuchtung weder einen negativen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bürger noch auf erhöhte Einsatzzahlen der Polizei hat.[3]
Es zeigt sich: Licht schützt nur dort, wo Sozialkontrolle möglich ist! Wenn aber nachts die Straßen menschenleer sind, erzeugt die Beleuchtung statt Sicherheit nur unnötige Kosten. Zudem muss man sich überlegen, welche Alternativen bestehen? Würde man auf eine Nachtabschaltung verzichten, müsste man das Geld an anderer Stelle einsparen. Es würden dann wieder Fragen wie z.B. nach einer Schließung des Hallenbades vermehrt in den Fokus rücken. Wir glauben deshalb, dass man mit dieser Maßnahme ohne eine wesentliche Einschränkung der Lebensqualität leben kann. Nach Abschluss der Testphase sollte aber überlegt werden, ob die zeitliche Regelung nicht modifiziert werden sollte. So ist unserer Ansicht nach eine differenzierte Abschaltregelung an Freitagen und Samstagen und eine Ausnahme vor bestimmten Feiertagen wie „Neujahr" oder dem „Maifeiertag" sinnvoll. Auf

---

[2] Pressemitteilung des StGB NRW 13/2012 vom 13.06.2012, siehe: http://www.kommunen-in-nrw.de/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/licht-und-schatten-im-neuen-koalitionsvertrag.html
[3] siehe z.B. http://www.rheine-buergerinfo.de/vo0050.php?__kvonr=788&voselect=110 in Zusammenhang mit http://www.lgu.li/dateien/11-12-23-lgu-nachtabschaltung-alles.pdf

der anderen Seite ist auch zu überlegen, ob in den Sommermonaten, in denen der Sonnenaufgang ohnehin bereits kurz nach 5 Uhr stattfindet, ein Wiedereinschalten der Straßenbeleuchtung für wenige Minuten überhaupt Sinn macht.

Solche geringfügigen Änderungen müssten dann eventuell in den Folgejahren in das Haushaltssicherungskonzept eingearbeitet werden. Da ein solches Konzept aber ohnehin immer auch irgendwie „lebendig" ist und von Jahr zu Jahr fortgeschrieben und angepasst werden muss dürfte dies wohl kein Problem darstellen, zumal bei den zu erwartenden steigenden Energiekosten der Einspareffekt einer Nachtabschaltung in den kommenden Jahren ohnehin eher noch zunehmen wird.

Das heute vorliegende Konzept bietet insgesamt jedoch schon jetzt eine gute Grundlage, auf der der **Haushaltsausgleich in absehbarer Zeit möglich** sein wird. Dies wird nach bisherigem Kenntnisstand – und das ist der einzige Wermutstropfen – leider erst 2023 und damit ein Jahr später der Fall sein, als es der Regelzeitraum nach § 76 Absatz 2 der Gemeindeordnung vorsieht. Im Jahr 2022 steht noch ein knappes Defizit in Höhe von 46.260,- Euro zu Buche. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass die Stadt Geilenkirchen sich weiterhin in der sogenannten vorläufigen Haushaltsführung wiederfinden wird, da das Haushaltssicherungskonzept in der vorliegenden Form keine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erhalten wird. Gleichwohl ist es aber ein ehrliches Konzept, dass nicht der Versuchung erlegen ist, die Zahlen so zu schönen, dass der Haushaltsausgleich auf dem Papier doch schon 2022 erreicht wird, sondern stattdessen mit realistischen, ja fast vorsichtigen Zahlen arbeitet. Wir meinen, dass es damit weitaus mehr wert ist, als jedes Märchenbuch, was man sich hätte ausdenken können!
Die BÜRGERLISTE unterstützt diese ehrliche Herangehensweise ausdrücklich! Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Konzept den Haushaltsausgleich sicher im Jahr 2023 erreichen können.
Diese Aussicht sollte aber niemanden in diesem Rat dazu verleiten, die Sparanstrengungen zu verringern. Wir werden darauf acht geben, dass ein bisschen **„schwäbische Hausfrau"** in diesem Rat stets mit am Tisch sitzt und bei unnötigen oder zu hohen Ausgaben ihren warnenden Zeigefinger erhebt.
So geschehen in diesem Jahr beispielsweise bei den Plänen zur **Überdachung der Treppenanlage am Parkhaus** hinter dem Rathaus, welche im Februar im Umwelt- und Bauausschuss vorgestellt wurden. Zwar ist eine solche Überdachung zweifellos notwendig, um die Substanz des Parkhauses zu erhalten. Wir sind aber der Meinung, dass eine funktionale und gleichzeitig kostengünstige Lösung Vorrang vor einer repräsentativen und teuren Glaskonstruktion haben muss. [4]

Kommen wir damit zu den Investitionen: für 2012 wird im vorliegenden Entwurf mit einer **Investitionssumme von knapp 4 Mio. Euro** gerechnet – alles im rentierlichen Bereich, also in Vorhaben, welche sich im Wesentlichen durch Gebühren und Beiträge refinanzieren lassen. Dies stellt nahezu eine Halbierung des Ansatzes für 2011 dar. Trotzdem werden wir in diesem Jahr den nächsten Bauabschnitt der Innenstadtsanierung realisieren können: die **Erneuerung des Vorplatzes vor dem Gymnasium St. Ursula.** Dies ist wegen vorhandener Ausgabeermächtigungen aus dem Vorjahr möglich. Ein kompletter Verzicht auf diese Maßnahme ist aufgrund der Förderung des Gesamtkonzeptes ausgeschlossen. Von ursprünglich einmal angedachten ausufernden Wasserspielen wurde aber mittlerweile zugunsten einer einfachen, aber trotzdem ansprechenden Planung Abstand genommen. Diesen Verzicht auf unnötigen Luxus und Pomp halten wir insbesondere aufgrund der finanziellen

[4] siehe Niederschrift zur 12. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen vom 07.02.2012

Haushaltsplanentwurf und Jahresabschluss heute zustimmen. Zugleich erwarten wir, dass auch in den Folgejahren die Anstrengungen von Verwaltung und Politik mit gleicher Entschiedenheit fortgesetzt werden, um trotz aller widrigen Umstände schnellstmöglich zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren zu können.

Zuletzt möchte ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich an SPD und Grüne appellieren: werden Sie nicht müde, auf Ihre Kollegen in der neugewählten Landesregierung Druck auszuüben, um dort endlich einen Paradigmenwechsel bezüglich der Kommunalfinanzierung weg von der Verletzung des Konnexitätsprinzips hin zu kommunaler Selbstverwaltung durch eine adäquate Finanzausstattung zu erreichen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 2012

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Geilenkirchen
Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushaltsplan 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Bürger,

Haushaltsreden haben den Sinn, die politischen Ziele und Ambitionen der Fraktionen deutlich zu machen. Dies war immer so und wird sich auch nicht ändern.

- Alle Jahre wieder das gleiche Ritual-
- Alle Jahre wieder die Erkenntnis, etwas erreicht zu haben oder auch nicht.
- Alle Jahre wieder die Vorgaben, was wir erreichen wollen oder ändern müssen.
- Alle Jahre wieder der Blick in die Zukunft.
- Alle Jahre wider die Entscheidung zur Zustimmung oder Ablehnung.

Meine Damen und Herren!

Die Liberalen sind der Überzeugung, dass trotz einiger unliebsamer Vorgaben aus der Vergangenheit, wir alle zusammen, ob Bürgermeister, Rat und Verwaltung die Chance haben, unsere Stadt Geilenkirchen insgesamt, in die Zukunft blickend auszurichten. Wir müssen ergebnisorientiert nach vorne sehen. Hierzu sind wir gegenüber den Bürgen der Stadt verpflichtet.

Die FDP-Fraktion konnte dem ersten Haushaltsentwurf 2011 und dem Haushaltssicherungskonzept 2011-2014 nicht zustimmen, weil in der Haushaltsführung keine greifenden Änderungen zu erkennen waren. Das gesamte Werk stellte sich lediglich als „Gesundungsrechnung" ohne Spareffekte dar.
Im vorliegenden Haushaltsplan 2012 können wir endlich positive Sparversuche erkennen.

So werden endlich die Kostenstellen zur realen Kostenumlage genutzt und die Nutzungsgebühren entsprechend angepasst. Die Struktur einzelner Stellenbereiche wird neu angepasst, um eine geringeren Kostenaufwand mit gleich bleibender Leistungsqualität zu liefern.

Es finden sich somit auch Teile des liberalen Sparkonzeptes in diesem Haushaltsplan wieder. Jedenfalls werden nun die Sparhinweise des letzten Jahres teilweise umgesetzt. Offenbar hat ein Umdenkprozess des „nur Verwaltens" auf wirklichnahes „wirtschaften" stattgefunden.

Bei der derzeitigen Haushaltslage sind Einsparungen in vielen Bereichen unumgänglich. Hierzu haben wir schon seit Jahren mehrfach aufgefordert.

Leider hat die Umsetzung des Sparwillens zu lange gedauert, um das gewünschte Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen. Hier hilft es auch nichts, wenn die Planungsfrist auf zehn Jahren gestreckt wurde. Der Zeitraum ist zwar länger in dem das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreicht werden soll, aber deshalb auch unüberschaubarer.

Zu optimistische Erwartungen bei den Einnahmen täuschen über die zukünftigen Belastungen der Zukunft hinweg. Die Gefahr der weiteren Schieflage erhöht sich sogar in einem längeren Zeitraum.

Die Erwartung an die Landesregierung NRW, die Defizite des NKF, bzw. die Belastungen der Gemeinden durch die sozialen Verpflichtungen entsprechend aufzufangen, kann man getrost aufgeben. Dort kümmert man sich lieber wieder ein Mal um ein allgemeines Rauchverbot.

Jede Gemeinde und damit auch Geilenkirchen steht alleine da und muss mit eigenen Aktivitäten dieses Problem bewältigen.

Die Liberalen haben immer wieder aufgefordert, die regelmäßigen Ausgaben zu kürzen. Einige Überlegungen wurden nun endlich auch im Haushaltsplan berücksichtigt.

Uns geht dies jedoch nicht weit genug. Wir können uns nicht nur damit zufrieden geben, dass man die Absicht hat, auch an einer der größten Kostenpositionen, den Personalkosten, einsparen zu wollen.
Schließlich sind Einsparungen bei den Personalkosten DER zentrale Punkt unsers liberalen Sparkonzeptes. Frei werdenden Stellen sollten unter Abwägung der der Arbeitsorganisation nicht neu besetzt werden und durch strukturelle Reformen in der Verwaltung kompensiert werden.
Wir brauchen die Garantie, dass dies auch geschieht.
Immerhin waren die Kostensteigerungen im Personaletat von mehr als 10 % jährlich kaum zu verstehen, wenn man die Haushaltslage der Stadt betrachtet.
Auf Fragen hin, wurde der Stellenplan ja nicht erweitert, sondern nur die bisher nicht besetzten, aber geplanten Stellen, hier und da doch wieder besetzt.

Damit auch wirklich gewährleistet ist, dass die Personalkosten nicht unverhältnismäßig steigen werden, ist es dringend notwendig, den Stellenplan vorübergehend „einzufrieren".

Der Rat hat jährlich über den Haushaltsplan zu befinden, jedoch außerhalb dieses Zeitpunktes nur geringe Steuerungsmöglichkeiten. Ein Überblick ist so kaum möglich.

Wir sind überzeugt, dass dieses Thema so eindeutig ins Auge springt, dass hierzu ein Antrag gestellt werden muss.

Dies ist eine von vielen kleinen Maßnahmen, die nötig sind, um den Haushalt der Stadt Geilenkirchen vertretbar zu gestalten.

Es werden zukünftig noch stärkere Einschnitte notwendig werden. Uns interessiert dabei nicht der „Urheber" einer Idee, sondern deren Effizienz.

Eine Verkleinerung des Rates von 38 auf 34 Ratsvertreter wird nach wie vor unser Ziel sein. Dieses setzt etwa € 13.500,00 jährlich frei. Die Einsparung ist zwar im Vergleich zu dem übrigen Kostenvolumen gering, jedoch werden auch viele kleine Tropfen irgendwann zu einem Fluss und stellen so die Balance zu den geringen Einnahmen wieder her.

Wir stehen für ein wirtschaftlich nachhaltiges Handeln im Sinne der Geilenkirchener Bürger.

Sparsam wirtschaften sichert Zukunft – die Zukunft von Geilenkirchen.

Um die Stadt handlungsfähig zu erhalten, wird die FDP-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsplan 2012 zustimmen.

Haushaltsrede 2012 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Geilenkirchen

Zuerst möchte ich unseren Bürgermeister, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sowie die Presse und Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat der Stadt Geilenkirchen herzlich begrüßen. Ein besonderer Gruß geht an die anwesenden ZuschauerInnen, es gehört schon eine große Portion kommunalpolitisches Interesse und auch etwas Mut dazu, sich heute Abend sechs Haushaltsreden anzuhören, die sich voraussichtlich in verschiedenen Punkten wiederholen werden und eher als „trockene Kost" zu bezeichnen sind. Ich freue mich, dass Sie da sind.

Bevor ich jetzt zur Stellungnahme der Grünen Fraktion komme, möchten wir uns nochmals herzlich bei unserem Kämmerer Herrn Kleinjans und seinem ganzen Team für die übersichtliche Haushaltsführung und für die geduldigen Antworten auf all unsere Fragen zum vorliegenden Haushaltsentwurf bedanken.

Meine Damen und Herren,
die Bedingungen für den Haushaltsentwurf 2012 haben sich geändert, anders als 2011 noch vorausgesetzt, ist die Frist für Städte und Gemeinden, einen ausgeglichenen Haushalt zu erlangen, von 5 auf 10 Jahre angehoben worden. Das bringt den Kommunen Luft, sorgt aber nicht unbedingt für eine verlässliche Finanzplanung, die jetzt immerhin vorausschauend bis zum Jahre 2023 erstellt werden muss.

Bis dahin werden wir wahrscheinlich noch viele Überraschungen erleben.

Am Ende des Haushaltsjahres 2012 werden wir aller Voraussicht nach 30,5 Millionen Euro Schulden aufgetürmt haben, somit liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der Geilenkirchener Bevölkerung dann bei 1075 Euro.

Ein gewichtiger Teil muss nach wie vor für Personalaufwendungen aufgebracht werden. Insgesamt 12,2 Mio. € sind im Haushaltsentwurf eingeplant, hier ist sicherlich noch ein größeres Einsparpotenzial zu erreichen.

Genau das haben wir GRÜNEN in der letzten Haushaltsdebatte gefordert, nämlich: eine objektive und neutrale Organisationsoptimierung zur besseren Planung des Personalbestandes.

Dass im vergangenen Jahr für ausscheidende Mitarbeiter keine Nachbesetzungen erfolgten, begrüßen wir deshalb ausdrücklich. Und sehen uns hier genau, wie in der von unserem Bürgermeister vorgelegten „Roadmap" zur Ausgabenreduzierung, durchaus bestätigt.
Meine Damen und Herren, richtig ist aber auch, dass ab 2013 ein Beförderungskorridor für die MittarbeiterInnen eingeplant wurde, Beförderungen werden ab 2013 möglich sein und das ist gut so.

Wir werden in den nächsten Jahren noch einige Umstrukturierungen in der Verwaltung vornehmen müssen, die Effizienz der Verwaltung muss weiter gesteigert werden und das schafft man nicht ohne einen Blick auf die Perspektive derer, die das umsetzen sollen. Deshalb müssen gerecht und nach Leistung orientierte Beförderungen möglich sein. Auch das begrüßen wir ausdrücklich.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
um unser gemeinsames Ziel zu erreichen, nämlich bis zum Jahre 2023 den städtischen Haushalt auszugleichen, ohne dabei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zu viel Grausamkeiten zuzumuten und um unsere Stadt, trotz allem, als attraktive, menschenfreundliche Stadt weiterzuentwickeln, brauchen wir, wie gerade gesagt, qualifizierte und motivierte Mitarbeiter.

Aber wir brauchen auch eine neue, eine andere Kultur des politischen Umganges, nämlich hin zu einem Mehr Miteinander. Wir müssen endlich mehr miteinander und weniger übereinander reden, um dann gemeinsam mit der Verwaltung die notwendigen Schritte auch konsequent umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben es noch lange nicht geschafft, dass Geilenkirchen als attraktiver Anziehungspunk für seine Bürgerinnen und Bürger und für die Menschen aus unserm Umland wahrgenommen wird. Weder die Umbaumaßnahmen noch das neue Einkaufscenter haben zu der erhofften Belebung unserer Innenstadt geführt.

Damit uns nicht weitere Leerstände drohen, sondern Investoren und die Geschäftswelt wieder mehr Vertrauen bekommen, auch dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir ein Mehr an Miteinander hier in diesem Rat.

Wir werden uns in den nächsten Monaten und Jahren genau wie in der Vergangenheit fragen:

Müssen wir jetzt gnadenlos „sparen und bewahren?
Oder sollen wir lieber investieren und ankurbeln?"

Wir meinen, es geht nur mit einem vernünftigen Mix aus Sparen und Investieren.

Die Grüne Ratsfraktion wird deshalb weiterhin alles kritisch hinterfragen und unnötige Ausgaben ablehnen, wie z. B. die überflüssige Erneuerung des privaten Lehrerparkplatzes von St. Ursula auf Kosten des städtischen Haushaltes.

An unseren Schulen und KiTas gibt es einiges zu erneuern, aber wir geben lieber munter öffentliche Gelder für private und absolut intakte Parkplätze von St. Ursula aus. Das findet nicht unsere Zustimmung, wir möchten lieber soziale, ökologische und energetisch sinnvolle Projekte vorantreiben und somit in die Zukunft investieren.

Meine Damen und Herren,
ich möchte es an dieser Stelle vorwegnehmen, wir von Bündnis 90/Die Grünen werden diesem Haushalt zustimmen, weil der Haushalt in den engen finanziellen Grenzen, in denen wir uns bewegen können, sauber aufgestellt ist und trotzdem, wenn auch begrenzt, Perspektiven und Spielräume zulässt.

Herr Bürgermeister Fiedler, liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir erwarten aber auch, dass diese engen Spielräume verstärkt und schneller als bisher genutzt werden, um z. B. durch energetische Sanierungsmaßnahmen Energiekosten massiv zu senken und somit größere Spielräume für die zukünftigen Haushalte zu erwirtschaften.

Hierzu gehört natürlich unsere Straßenbeleuchtung, in den letzten Jahren ist der Haushaltsansatz Jahr für Jahr gestiegen. 2011 haben wir fast 350 000 € alleine für die Stromkosten der Beleuchtung ausgegeben. Hier fordern wir GRÜNEN schon lange, dass bei allen zukünftigen Sanierungsmaßnahmen und Neueinrichtungen nur noch moderne und effiziente LED-Technik eingesetzt wird. LED an, ist besser als Licht aus. So können die Lichter in GK nachts an bleiben.

Jahr für Jahr stehe ich hier und bemängele die fehlende energetische Sanierung des Schul- und Sportzentrum, zu dem auch unser Hallenbad gehört. Hier wird Energie und Geld zum Fenster hinausgeworfen. Unzählige Male haben wir das schon zum Thema in den Fachausschüssen gemacht, ohne dass bis jetzt etwas Greifbares passiert ist.
Das, Herr Bürgermeister, geht entschieden zu langsam, hier müssen endlich spürbare Ergebnisse kommen.

Die Zukunft der Energieversorgung ist GRÜN. Wir GRÜNEN möchten, dass Geilenkirchen zu den Gewinner–Kommunen der Energiewende zählt. Es gibt noch genügend Potenzial, und das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den städtischen Haushalt.

Eingesparte Energie = eingesparte Haushaltsmittel heißt hier die einfache Formel. Deshalb begrüßen wir auch, dass die Verwaltung ein Klimaschutzkonzept für Geilenkirchen initiiert hat.

Dieses Klimaschutzkonzept muss fester Bestandteil unserer zukünftigen Stadtentwicklung sein und möglichst mit den BürgerInnen gemeinsam erarbeitet werden.

Meine Damen und Herren,
den größten Fehler des vergangenen Jahres haben wir hier im Rat bei den nachwachsenden Ressourcen begangen und damit meine ich unsere Kinder. Hier wurden unsere Hauptschüler vergessen und der Schulkonsens bewusst ignoriert. Die Geilenkirchener Hauptschüler haben in dieser Stadt keine Perspektive. Wir alle wussten, dass ab dem Schuljahr 2012/2013 die Hauptschule Gangelt keine Schüler mehr aus Geilenkirchen aufnimmt. Wir alle wussten, dass die Anmeldezahlen von SchülerInnen mit Realschulempfehlung in unserer Realschule stark rückläufig sind. Kein Problem für die Ratsmehrheit von CDU und FDP, die im Dezember zu folgender, scheinbar ganz einfachen Lösung kam:
Die Realschule bleibt bestehen und sichert ihren Bestand, indem sie auch Schüler mit Hauptschulempfehlung aufnimmt (und fördert?). In ganz NRW sind seit Jahren ein Sterben der Hauptschulen und ein Schrumpfen der Realschulen zu verzeichnen.

Dies hat im Herbst 2011 zu einem von allen Landtagsparteien getragenen (Entschuldigung von allen Landtagsparteien mit Ausnahme der FDP getragenen) Schulkonsens mit der Einführung einer neuen Schulform geführt, der Sekundarschule. Nach dem Vorbild der Gesamtschule soll hier länger gemeinsam gelernt und individuell gefördert werden. Sekundarschulen sind kleiner als Gesamtschulen und können nach den Bedürfnissen der Kommune individuell gestaltet werden.

Viele Städte in NRW haben die Chance erkannt: Im kommenden Schuljahr entstehen 42 neue Sekundarschulen, in der Regel aus der Umwandlung von Haupt- und Realschulen. Nicht so in Geilenkirchen. Hier haben CDU und FDP den Schulkonsens aus ideologischen Gründen abgelehnt. Nach dem Motto: Wozu brauchen wir eine Sekundarschule, wenn wir doch einfach die Hauptschüler in die bestehende Realschule stecken können? Dabei fällt mir Philipp Rösler der FDP Parteivorsitzende ein, der Frau Merkel mit einem Frosch verglichen hat. Sie erinnern sich? Die Geschichte mit der Kochplatte.

Hier scheint es mir Herr Wolff, dass Sie zum übertölpelten Frosch der FDP geworden sind.
Dieser Beschluss hat fatale Folgen für unsere Hauptschüler. Wer nach der Erprobungsstufe (Klasse 5 und 6) dem Standard der Realschule nicht entspricht, muss laut Schulgesetzt die Schulform wechseln. Auch in diesem Jahr betrifft dies mindestens 2 Schüler die den Sprung in die 7 Klasse nicht schaffen und ab Sommer die Realschule verlassen müssen.

Wohin diese und die zukünftigen SchülerInnen gehen? Auch das hat die CDU und FDP nicht interessiert, unser Antrag auf eine feste Kooperation mit einer Hauptschule wurde jedenfalls abgelehnt. Von der Verwaltung favorisiert wurde die Alternative, die Gesamtschule sechszügig auszubauen. Die Gesamtschule hat lange Erfahrung mit individueller Förderung und könnte allen Schülern gerecht werden. Problematisch wären dabei aber die Größe (Anonymität) und die Aufteilung einer Schule auf zwei Standorte.
Inklusion ist so nicht möglich und wird hier einfach ignoriert.

Bündnis90/Die Grünen wird sich weiter dafür einsetzen, die Realschule in eine Sekundarschule umzuwandeln, in der alle Schüler die Chance haben, durch individuelle

Förderung alle Abschlüsse zu erlangen. Dabei dürfen wir niemanden vergessen. Wenn wir hier keine schnelle und zufriedenstellende Lösung für alle Kinder finden, hat Geilenkirchen seinen Ruf als Schulstadt nicht mehr verdient.

Meine Damen und Herren,
eine, wenn nicht die größte Herausforderung für uns in den nächsten Jahren, ist der Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels. Zu den kommunalen Handlungs- und Themenfeldern, bei denen wir die Auswirkungen des demografischen Wandels in Zukunft besonders berücksichtigen müssen, gehört die Ausbildung und die Qualifizierung genauso wie die Gesundheit und die Mobilität, die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen und ganz besonders die Qualität und der Bedarf des benötigten Wohnraums.
Die Bevölkerungsstrukturen haben sich verändert, die Bedürfnisse der Menschen haben sich verändert und deshalb brauchen wir neue Strategien und Konzepte, in denen die Besonderheiten der einzelnen Stadtteile sowie die Altersentwicklung mehr Berücksichtigung finden.

Mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine meine Damen und Herren, nein auch der Städtetag hat dieses als Schlüsselstrategie einer integrierten Stadtentwicklungsplanung vorgeschlagen.

Kurz gesagt, was wir brauchen, ist ein kommunales Handlungskonzept zum Thema demografischer Wandel und diese Handlungsempfehlungen müssen uns als Leitfaden für unsere künftigen Entscheidungen hier im Rat dienen.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
ich habe eingangs meiner Haushaltsrede gesagt, wir müssen endlich mehr miteinander reden und weniger übereinander und dann gemeinsam mit der Verwaltung die notwendigen Schritte auch konsequent umsetzen.

Aus diesem Grund werden wir als GRÜNE Ratsfraktion in den nächsten Tagen mit allen im Rat vertretenen Parteien Kontakt aufnehmen und ein Gesprächsangebot machen mit dem Ziel, parteiübergreifend ein zukunftsweisendes Handlungskonzept auf den Weg zu bringen.
Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt 2012 zu.
Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

nicht zahlen. Eine Haushaltssanierung zu Lasten der Familien mit Kindern lehne ich selbstverständlich ab.

2. Eine drastische Fehlentwicklung der Politik in diesem Rat ergibt sich aus dem Erhalt der Realschule. Immerhin muss man Ihnen zu Gute halten, dass Sie die Eltern befragt haben. In unserer Nachbarstadt Heinsberg hat man kurzerhand auf die Befragung verzichtet und ohne Eltern entschieden. In Geilenkirchen wurde eine Befragung durchgeführt. Jedoch, der von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag, die Realschule auslaufen zu lassen, der den Elternwillen spiegelte, wird aber einfach abgelehnt, die Chance auf ein gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse somit leichtfertig vertan. CDU und FDP in Geilenkirchen kämpfen in letzten Rückzugsgefechten um das gegliederte Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert – und dies, gegen den Rat aller ernstzunehmenden Experten.

Einem Etatentwurf, der für eine Politik steht, die so massiv in falsche Richtung marschiert, kann ich nicht zustimmen. Deshalb lehne ich ihn logischerweise ab.

Manfred Mingers